

Bürgerinitiative prüft juristische Schritte

Rechtsstreit um die Reitbrake?

Kritik an Bürgermeister

FRANK HETHEY

Bremen. Im Streit um die Errichtung einer Gedenkstätte an der Reitbrake prüfen die Bürgerinitiative Oslebshausen und das Bremer Friedensforum jetzt juristische Schritte. Damit reagieren die beiden Vereinigungen auf die jüngste Ankündigung von Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD). Wie berichtet, will Bovenschulte das Areal des früheren „Russenfriedhofs“ nicht als Kriegsgräberstätte schützen, sondern einen Gedenk- und Erinnerungsort auf dem Friedhof Osterholz einrichten. „Ein Entschluss des Bürgermeisters ist noch kein Beschluss“, sagt Ekkehard Lentz vom Friedensforum.

„Eindeutiges Gutachten“

Aus Sicht von Bürgerinitiative und Friedensforum dürfte sich die völkerrechtliche Bewertung „in den nächsten Wochen zuspitzen“. Dabei stützen sich die Aktivisten auf ein aus ihrer Sicht „eindeutiges Gutachten“ des Völkerrechtlers Professor Robert Heinsch von der Universität Leiden. Besondere Brisanz hat der Streit, weil die Stadt Bremen das Gelände dem Transportkonzern Alstom für den Bau einer Bahnwerkstatt angeboten hat. Bürgerinitiative und Friedensforum fordern, die Planungen für die Bahnwerkstatt unverzüglich einzustellen und einen alternativen Standort an der Oldenburger Kurve „ernsthaft zu prüfen“.

Bürgerinitiative und Friedensforum gehen davon aus, dass kurz nach dem Weltkrieg nicht alle Leichen exhumiert und umgebettet worden sind. Nach ihrer Rechnung sind viele Tote im Erdreich geblieben. „Wir müssen davon ausgehen, dass über 300 Körper an diesem Ort verwest sind“, so Dieter Winge von der Bürgerinitiative. „Eine andere plausible Erklärung gibt es nicht.“ Völkerrechtlich sei es unerheblich, ob ganze Skelette oder nur Knochenfragmente gefunden würden. „Relevant ist, ob die Leichname rechtzeitig exhumiert und umgebettet wurden.“
